

DER BETRIEB



Mit Recht Innovation sichern

www.der-betrieb.de

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser • Prof. Dr. Johanna Hey •
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff • Friedrich Merz

GASTKOMMENTAR

Rüdiger Loitz
Leasing – jetzt haben sie es doch getan 185

BETRIEBSWIRTSCHAFT

Ludwig Pils/Leonhard Knoll
Delisting und Börsenkurs 181

Alexander Baumeister/Alois Paul Knobloch
Zugangsbewertung von Warenkäufen bei Skontogewähr: Beitrag der Mehrkomponentengeschäftssicht auf die Kreditierungsdebatte 186

STEUERRECHT

Sven-Eric Bärsch/Christian Engelen
Ermittlung fremdüblicher Zinsen bei konzerninternen Finanzierungen 191

Sascha Spieker
Überarbeitetes Anwendungsschreiben zur Abgeltungsteuer 197

Verfassungsmäßigkeit der Übergangsregelung in § 27 Abs. 19 UStG zur Steuerschuldnerschaft bei Bauleistungen (*V. Krefzt*) 203

vGA versus Schenkung (*OFD*) 206

WIRTSCHAFTSRECHT

Martin Henssler/Christian Deckenbrock
Die Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte 215

Erstattungsanspruch gegen den Director einer in Deutschland tätigen Limited nach § 64 GmbHG (*C. Wilcken*) 225

Bereicherungsanspruch eines Sicherungszessionars gegen den Insolvenzverwalter bezüglich des durch Insolvenzanfechtung gegenüber einem Zweitcessionar Erlangten (*BGH*) 227

ARBEITSRECHT

Alexander Bissels
Nachforderungen der Deutschen Rentenversicherung wegen der Tarifunfähigkeit der CGZP 231

Peter Schüren
Illegale Arbeitnehmerüberlassung identifizieren – Kriterienkatalog als Lösung? 234

Organisationsverschulden des Arbeitgebers und Arbeitnehmerhaftung bei Kartellverstößen (*A. Eufinger*) 236

Geschäftsführer haftet grds. nicht persönlich für Insolvenzsicherung bei Altersteilzeitverträgen (*LAG*) 239

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Sonstige BWL/Kapitalmarktrecht

Delisting und Börsenkurs

Ludwig Pils, M.Sc. / Prof. Dr. Leonhard Knoll,

beide Würzburg

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie erfolgte die gesetzgeberische Umsetzung eines gegenüber den Minderheitsaktionären abfindungsfreien möglichen Rückzugs von der Börse. Grundlegende Annahme für diese gesetzliche Regelung ist, dass die Ankündigung eines Delistings keine negativen Kursreaktionen zur Folge habe. In dem Beitrag wird gezeigt, dass diese Annahme einen Trugschluss darstellt.

DB1165551

S. 181

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Zugangsbewertung von Warenkäufen bei Skontogewähr: Beitrag der Mehrkomponentengeschäftssicht auf die Kreditierungsdebatte

Prof. Dr. Alexander Baumeister / Prof. Dr. Alois Paul

Knobloch, beide Saarbrücken

In dem Beitrag wird die Debatte über eine mögliche Kreditierung von Warengeschäften, die mit Skonto gewährt werden, aufgegriffen und mögliche Impulse analysiert, die von der wachsenden Berücksichtigung von Mehrkomponentengeschäften in der Rechnungslegung ausgehen könnten.

DB1159520

S. 186

STEUERRECHT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht

Ermittlung fremdüblicher Zinsen bei konzerninternen Finanzierungen

StB Dr. Sven-Eric Bärsch, Bonn/Rotterdam /

StB Dr. Christian Engelen, Bonn

Bei konzerninternen Finanzierungen führt die Bestimmung der fremdüblichen Verrechnungspreise häufig zu Auseinandersetzungen im Rahmen deutscher Betriebsprüfungen. Ausgehend von der Entscheidung des australischen Federal Court in Sachen Chevron analysiert der Beitrag die Vorgaben der deutschen Finanzverwaltung zur Bestimmung fremdüblicher Darlehenszinsen.

DB1189110

S. 191

Kapitalertragsteuer

Überarbeitetes Anwendungsschreiben zur Abgeltungsteuer

Dipl.-Fw. (FH) Sascha Spieker, Düsseldorf

Der Beitrag stellt die wesentlichen Änderungen durch das BMF-Schreiben und ihre Folgen anhand von Beispielen und Hinweisen dar. Thematisiert werden u.a. die Rückerstattung von Kreditsachbearbeitungsgebühren, die Stückzinsbesteuerung, Goldzertifikate, die Teilkapitalrückzahlung, Vorzuschusszinsen, die Verlustverrechnung, die Behandlung von Darlehen an nahestehende Personen und Beachtenswertes bei Freistellungsaufträgen.

DB1189801

S. 197

KURZ KOMMENTIERT

Umsatzsteuer

Verfassungsmäßigkeit der Übergangsregelung in § 27 Abs. 19 UStG zur Steuerschuldnerschaft bei Bauleistungen

RiFG Prof. Dr. Volker Kreft, Bielefeld

DB1189990

S. 203

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer

Zurechnung von Einnahmen aus Finanztermingeschäften zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung

OFD NRW, Kurzinformation ESt vom 21.01.2016

DB1190067

S. 205

Kapitalertragsteuer

Einzelfragen zur Abgeltungsteuer

BMF, Schreiben vom 18.01.2016

DB1190065

S. 205

Investmentsteuergesetz

Systematik der Abgeltungsteuer bei Investmentfonds

BMF, Schreiben vom 15.12.2015

DB1187905

S. 205

Erbschaft-/Schenkungsteuer

vGA versus Schenkung

OFD NRW, Kurzinformation Sonstige Besitz- und Verkehrsteuern vom 19.01.2016

DB1190066

S. 206

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer

Vertragliche Kaufpreisaufteilung

BFH, Urteil vom 16.09.2015 – IX R 12/14

DB1187793

S. 207

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Aufwendungen für Besuchsfahrten des Ehegatten keine Werbungskosten

BFH, Urteil vom 22.10.2015 – VI R 22/14

DB1187753

S. 210

Internationales Steuerrecht

Auslegung und Bindungswirkung einer verbindlichen Auskunft i.S.d. § 89 Abs. 2 Satz 1 AO

BFH, Urteil vom 12.08.2015 – I R 45/14

DB1187745

S. 212

Umsatzsteuer

Lieferung von Erstexemplaren eines Buches durch einen Verlag an den Autor zu einem höheren Preis als dem Ladenpreis

BFH, Urteil vom 21.10.2015 – XI R 22/13

DB1189863

S. 214

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Rechtsanwaltsrecht

Die Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte

Prof. Dr. Martin Henssler / Akad. Rat Dr. Christian

Deckenbrock, Köln

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte hat der Gesetzgeber Voraussetzungen geschaffen, die eine statusrechtliche Anerkennung eines Syndikusanwalts als Rechtsanwalt erlauben. Damit ist Syndikusanwälten eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten einer Versorgung in den berufsständischen Versorgungswerken möglich. Diese Befreiung kann unter bestimmten Voraussetzungen auch rückwirkend beantragt werden, allerdings ist der Antrag bis zum 01.04.2016 zu stellen. Der Aufsatz untersucht Anforderungen und Verfahren für die Zulassung eines Unternehmensjuristen als Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt). Der Gesetzgeber beabsichtigt damit aber keine vollständige Gleichstellung mit einem niedergelassenen Anwalt, daher werden die Stellung, die Berufspflichten sowie die Vertretungs- und Tätigkeitsverbote der Syndikusanwälte eingehend erläutert und aktuelle Fragen zur Auslegung der Neuregelung erörtert.

DB1189850

S. 215

KURZ KOMMENTIERT

Insolvenzrecht

Erstattungsanspruch gegen den Director einer in Deutschland tätigen Limited nach § 64 GmbHG

RA Dr. Christoph von Wilcken, Berlin

DB1188434

S. 225

ENTSCHEIDUNGEN

Insolvenzrecht

Bereicherungsanspruch eines Sicherungszessionars gegen den Insolvenzverwalter bezüglich des durch Insolvenzanfechtung gegenüber einem Zweitcessionar Erlangten

BGH, Urteil vom 22.10.2015 – IX ZR 171/14

DB1165530

S. 227

Insolvenzrecht

Zur Gläubigerbenachteiligung im Rahmen der Insolvenzanfechtung bei einer Kontenpfändung durch das Finanzamt

BGH, Beschluss vom 03.12.2015 – IX ZR 131/15

DB1189722

S. 229

Insolvenzrecht

Unzulässigkeit einer Präklusionsregelung im Insolvenzplan auch im Fall eines Antrags auf Restschuldbefreiung

BGH, Beschluss vom 03.12.2015 – IX ZA 32/14

DB1189121

S. 230

Wettbewerbsrecht

Zur Haftung eines Unternehmers für wettbewerbswidrige Inhalte auf der Internetseite eines Dritten durch Setzen eines Links

BGH, Urteil vom 18.06.2015 – I ZR 74/14

DB1188358

S. 230

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Sozialversicherung/Tarifvertragsrecht

Nachforderungen der Deutschen Rentenversicherung wegen der Tarifunfähigkeit der CGZP

RA/FAArbR Dr. Alexander Bissels, Köln

Das BSG hat die erste Entscheidung zu den Nachforderungen der Deutschen Rentenversicherung aufgrund der unwirksamen Tarifverträge der CGZP gefällt und so erstes Licht in die sozialversicherungsrechtlichen Folgen gebracht. Es werden insb. die Praxisauswirkungen der Entscheidung dargestellt und erläutert.

DB1187841

S. 231

Arbeitnehmerüberlassung

Illegale Arbeitnehmerüberlassung identifizieren – Kriterienkatalog als Lösung?

Prof. Dr. Peter Schüren, Münster

Der Diskussionsentwurf des BMAS für die Reform der Zeitarbeit und Werkverträge sieht u.a. die Einführung eines Kriterienkatalogs in das BGB vor, um die Identifikation illegaler Überlassung zu erleichtern. Doch ist das wirklich die Patentlösung? Eine kritische Auseinandersetzung mit den geplanten Regelungsinhalten.

DB1188422

S. 234

KURZ KOMMENTIERT

Haftungsrecht

Organisationsverschulden des Arbeitgebers und Arbeitnehmerhaftung bei Kartellverstößen

Dr. iur. Alexander Eufinger, Siegen

DB1188085

S. 236

ENTSCHEIDUNGEN

Arbeitskampfrecht

Nur mittelbar von einem Streik betroffene Dritte erhalten keinen Schadensersatz

BAG, Urteil vom 25.08.2015 – 1 AZR 754/13

DB1168601

S. 238

Haftungsrecht/Insolvenzrecht

Geschäftsführer haftet grds. nicht persönlich für Insolvenzsicherung bei Altersteilzeitverträgen

LAG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 28.10.2015 – 3 Sa 111/14

DB1188230

S. 239

Befristungsrecht

Betriebsvereinbarung kann Altersgrenzenregelung zur Befristung von Arbeitsverhältnissen festlegen

BAG, Urteil vom 13.10.2015 – 1 AZR 853/13

DB1169031

S. 240

WEITERE INHALTE

Gastkommentar	M5	Handelsblatt Nachrichten	M9
Leitsätze	M6	Neues in der DB-Datenbank	M10
Anhängige Verfahren	M8	Nachrichten	M11

IMPRESSUM

DER BETRIEB

Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
 Prof. Dr. Johanna Hey
 Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
 Friedrich Merz

Burghard Kreft (Vors. Richter am BAG, Erfurt),
 RA/StB Prof. Dr. Heinz-Klaus Kroppen (Düsseldorf),
 WP/StB Dr. Martin Lenz (Düsseldorf),
 Prof. Dr. Ulrich Noack (Düsseldorf),
 WP/StB Prof. Dr. Ulrich Prinz (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Schlegel (Bonn),
 Prof. Dr. Ulrich Seibert (Berlin),
 RA/FAStR Prof. Dr. Christoph H. Seibt (Hamburg),
 Prof. Dr. Lutz Strohn (Richter am BGH, Karlsruhe),
 Prof. Dr. Gregor Thüsing (Bonn),
 Prof. Dr. Thomas Voelzke (Vors. Richter am BSG, Kassel),
 WP/StB Martin Wambach (Köln),
 Prof. Dr. Axel von Werder (Berlin),
 RA Dr. Hans-Ulrich Wilsing (Düsseldorf)

Fachbeirat

RA Dr. Hartwin Bungert (Düsseldorf),
 Ewald Dötsch (Koblenz),
 Dr. Detlev Fischer (Richter am BGH a. D., Karlsruhe),
 RA/FAArBR Prof. Dr. Björn Gaul (Köln),
 WP/StB Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Herzig (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Hüttemann (Bonn),
 StB Prof. Dr. Wolfgang Kessler (Freiburg i. Br.),
 WP/StB Ralf Klassmann (Köln)

REDAKTION

Dipl.-Fw. Marko Wiczorek, Geschäftsführender
 Chefredakteur, eMail m.wiczorek@fachmedien.de

Ressort Betriebswirtschaft

Dipl.-Kfm./Dipl.-Vw. Sebastian Boochs,
 Fon 0211 887-1458, eMail s.boochs@fachmedien.de

Ressort Steuerrecht

Dipl.-Kff. Eva-Maria Kunze, Fon 0211 887-1475,
 eMail e.kunze@fachmedien.de;
 Ass. Sixten Abeling, Fon 0211 887-1495,
 eMail s.abeling@fachmedien.de

Ressort Wirtschaftsrecht

Ass. Frauke Nitschke, Fon 0211 887-1468,
 eMail f.nitschke@fachmedien.de

Ressort Arbeitsrecht

Ass. Claus Dettki, Fon 0211 887-1456,
 eMail c.dettki@fachmedien.de

Korrektorat

Ninja Arendt, Sabine Nehrenhaus,
 Kerstin Pferdmeiges

Sekretariat

Sylvia Braun, Fon 0211 887-1435,
 Fax 0211 887-1450
 eMail der-betrieb@fachmedien.de

INTERNET

www.der-betrieb.de

VERLAG

Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Geschäftsführung: Christoph Bertling,
 Ingo Rieper
 Grafenberger Allee 293, 40237 Düsseldorf
 oder Postfach 101102, 40002 Düsseldorf

KUNDENSERVICE

eMail kundenservice@fachmedien.de;
 Inland: Fon 0800 000-1637 (kostenfrei),
 Fax 0800 000-2959 (kostenfrei);
 Ausland: Fon +49 211 887-3670,
 Fax +49 211 887-3671
 Anschrift: Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Kundenservice, Postfach 9254, 97092 Würzburg

BEZUGSPREIS

Einzelheft 17,80 € zzgl. Versandkosten

JAHRESVORZUGSPREIS

499 € inkl. MwSt und Versandkosten.
 Ausbildungs-Abo gegen Vorlage einer gültigen
 Bescheinigung 228 € inkl. Versandkosten und
 MwSt

AUSLANDSABONNEMENT

Jährlich 414,18 € zzgl. Versandkosten

MEDIASALES

Fon 0211 887-1519, Fax 0211 887 97-1519
 eMail s.isgen@fachmedien.de

DISPOSITION

Astrid Jüngst
 Fon 0211 887-1477, Fax 0211 887 97-1477
 eMail a.juengst@fachmedien.de

KOMBIMÖGLICHKEITEN

Mit der Zeitschrift Corporate Finance jährlich
 769 € inkl. Versandkosten, im Ausland 648,01 €
 zzgl. Versandkosten – mit der Monatszeitschrift
 KoR 717 € inkl. Versandkosten, im Ausland jährlich
 600,88 € zzgl. Versandkosten – mit der Monats-
 zeitschrift Der Konzern jährlich 755 €
 inkl. Versandkosten, im Ausland 635,32 € zzgl.
 Versandkosten. Für EU-Länder zzgl. MwSt., Luft-
 postgebühren auf Anfrage.
 Angaben zu MwSt. und Versandkosten im Aus-
 land unter www.fachmedien.de/bezugspreise.

Abonnementkündigungen sind mit einer Frist
 von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugs-
 jahres möglich.

DER BETRIEB wird sowohl im Print als auch auf
 elektronischem Weg (z. B. Datenbank, DVD etc.)
 vertrieben. Nachdruck und Vervielfältigung
 jeder Art sind nur mit Genehmigung des Verlags
 zulässig.

DER BETRIEB erscheint jeden Freitag,
 69. Jahrgang.

Das Abonnement beinhaltet:
 Wochenschrift DER BETRIEB und Zugriff auf die
 Online-Datenbank www.der-betrieb.de
 ISSN 0005-9935 G 01742

HERSTELLUNG

L.N. Schaffrath, 47608 Geldern